

PRESSEMITTEILUNG

„Behindertenbericht 2009“ verschweigt Benachteiligungen behinderter Menschen!

In dem von der Bundesregierung verabschiedeten „Behindertenbericht 2009“ wird die Entwicklung der Situation behinderter Menschen in Deutschland fast durchweg positiv dargestellt. Kritisch zu bewertende Realitäten werden nur am Rande kurz erwähnt.

Dr. Schneider, Autor des Buches „Der Versorgungsamt Report“ kritisiert den Bericht der Bundesregierung. Seiner Meinung nach sind die Benachteiligungen Behinderter massiver. Die Umsetzung des SGB IX und weiterer Gesetze und Vorschriften führen dazu, dass Behinderte eindeutig benachteiligt werden, wenn sie

- **wirtschaftlich schlechter gestellt,**
- **gesetzlich krankenversichert,**
- **im „falschen“ Bundesland, dem „falschen“ Kreis oder der „falschen“ Kommune leben,**
- **eine niedrige Bildungsstand haben und**
- **Ausländer sind oder einen Migrationshintergrund haben.**

In dem der Bundesregierung und der Schwerbehindertenbeauftragten, Frau Ewers-Meyer vorliegenden **„Versorgungsamt Report“** sind genau diese Punkte aufgeführt und detailliert beschrieben.

Folgende, im „Versorgungsamt Report“ ausführlich beschriebenen Mängel, tauchen im „Behindertenbericht 2009“ überhaupt nicht auf:

- die zunehmenden Barrieren bei der Antragstellung und im Internet auf den Seiten der Versorgungsverwaltungen, der Länder, Kreise und Gemeinden
- die massive Benachteiligung von behinderten Kindern und Jugendlichen und deren Familien
- die erhebliche Benachteiligung behinderter Rentner und älterer Menschen und sozial schwacher behinderter Bürger
- die erheblichen Probleme in der praktischen Bearbeitung der Anträge, der Befundbeschaffung und der Gutachtenerstellung innerhalb der Versorgungsverwaltungen
- die Verzögerung der Gerichtsverfahren durch nicht ausreichende Ausstattung der Sozialgerichte mit Richterinnen und Richtern
- die Steuerverschwendung u.a. durch die Neuentwicklung unnötiger Formulare, Auflösung der Landesversorgungsämter und die fehlende Vergleichbarkeit der Versorgungsverwaltungen im Rahmen der Verwaltungs- / Föderalismusreform

Nur wenn der im **„Versorgungsamt Report“** aufgestellte Forderungskatalog zur Verbesserung der Lebensumstände behinderter Bürger umgesetzt wird, wird eine Ungleichbehandlung behinderter Menschen vermieden.

Und vielleicht gelingt es dann den Politikern, die von der Bevölkerung „gefühlte Ungerechtigkeit durch den Staat“ und die daraus resultierende Politikverdrossenheit der Bürger zu mindern.